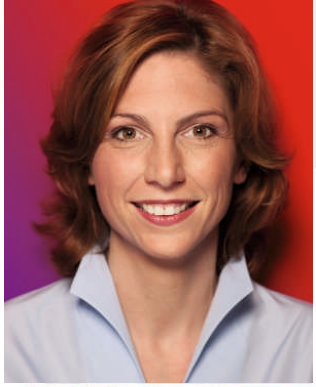
14 / 2014 www.SBL2013.de 11.04.14

Infoservice



Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
in Berlin geht's mit großen Schritten auf die Osterpause zu, die Diskussionen zum Rentenpaket laufen auf Hochtouren und hier zu Hause leben wir uns gerade als Familienquartett ein. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank für eure lieben Glückwünsche, die uns in den vergangenen 14 Tagen zur Geburt von Moritz erreicht haben. Gleichzeitig verfolge ich jedoch auch die aktuelle politische Diskussion und komme aus dem Kopfschütteln kaum noch raus, wenn ich die vermeintlichen "Drohungen" einiger CDUler, das Rentenpaket betreffend, höre. Haben die den Koalitionsvertrag nicht gelesen, bevor sie ihn unterschrieben haben? Tun jetzt so, als sei dies so nie beschlossen worden. Fakt ist, wer 45 Jahre gearbeitet hat, darf künftig mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen! Das haben wir im Wahlkampf propagiert, im Koalitionsvertrag beschlossen und das werden wir im Gesetz umsetzen! Mit diesen klaren Worten "zum Sonntag" wünsche ich euch ein schönes Wochenende!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Haushalt 2014 – Planungen tragen unsere Handschrift!

Nur ein handlungsfähiger Staat kann sich stark machen für sozialen Ausgleich und gesellschaftliche Teilhabe. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns deshalb in der letzten Großen Koalition dafür eingesetzt, die Schuldenbremse im Grundgesetz zu verankern. Unsere Motivation dafür war nicht eine Leidenschaft für die Arithmetik schwäbischer Hausfrauen. Sondern wir wollen Gestaltungsspielräume heute sinnvoll nutzen – sie aber gleichzeitig auch künftigen Generationen erhalten. Beides sind Kernanliegen der Sozialdemokratie.
Deshalb ist es ein wichtiger Erfolg für uns, dass wir im Parlament nun einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für 2014 beraten. Im nächsten Jahr ist sogar ein Bundeshaushalt ganz ohne neue Schulden in Sicht. Das ist nur möglich, weil Deutschland heute wirtschaftlich gut dasteht.
Dafür haben wir den Grundstein gelegt: Mit den Reformen unter Gerhard Schröder sowie durch das entschlossene Handeln von Peer Steinbrück und Olaf Scholz während der Finanzkrise 2008/2009 mit Konjunkturpaket und Kurzarbeitergeld. Zinszahlungen verengen den Spielraum, um Politik zu gestalten. Trotz niedrigerer Neuverschuldung und trotz eines historisch niedrigen Zinsniveaus hat allein der Bund 2013 immer noch rd. 12 Prozent seiner Steuereinnahmen für Zinsen aufbringen müssen – das sind rd. 33 Mrd. Euro.
Viel Geld, das an anderer Stelle für wichtige Investitionen fehlt. Und deutlich mehr, als im Koalitionsvertrag für prioritäre Maßnahmen zur Verfügung steht. Zudem sollten wir nicht vergessen: Zinsenzahlungen des Staates sind eine Umverteilung vom einfachen Steuerzahler hin zum Kapitalanleger. Entscheidend ist: Ein ausgeglichener Haushalt und hohe öffentliche Investitionen sind kein Widerspruch. Im Gegenteil, auf Dauer ist das eine ohne das andere nicht machbar.
Der Entwurf des Bundeshaushalts 2014 und die Mittelfristige Finanzplanung zeigen, dass beides gleichzeitig möglich ist. Es gelingt, weil wir uns durchgesetzt haben und die Regierung die vorhandenen Spielräume für die richtigen Prioritäten nutzt: Wir investieren mehr in Bildung und Forschung: Wir entlasten die Länder um insgesamt 6 Mrd. Euro, Geld das für Investitionen in Krippen, Kitas Schulen und Hochschulen zur Verfügung steht.

Zusätzlich halten wir 3 Mrd. Euro mehr für Investitionen in Forschung bereit. Wir investieren mehr in Infrastruktur und Städtebau: Insgesamt stellen wir 5 Mrd. Euro mehr für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur bereit. Die jährlichen Mittel für den Städtebau werden auf 700 Mio. Euro aufgestockt.

Wir entlasten Städte und Gemeinden: Ab 2014 übernimmt der Bund vollständig die Grundsicherung im Alter. Damit entlasten wir die Kommunen um 5,5 Mrd. Euro allein in diesem Jahr.

Von dem Aufwuchs des Programms „Soziale Stadt" um 110 Mio. Euro profitieren die Kommunen mit problembelasteten Stadtquartieren ganz konkret. Im Rahmen der Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes werden die Kommunen darüber hinaus im Umfang von 5 Mrd. Euro jährlich von den Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen entlastet.

Bis dieses Gesetz erarbeitet ist, werden die Kommunen beginnend mit 2015 bereits zusätzlich um 1 Mrd. Euro jährlich entlastet. Unser Ziel ist es, die Kommunen schon 2017 mit einem deutlich höheren Betrag zu entlasten.

Klar ist: Unser Ziel bleibt, uns zusätzliche haushaltspolitische Spielräume zu erarbeiten. Mehreinnahmen wollen wir verwenden für Bildung und Forschung, für Investitionen und Infrastruktur und für die Entlastung der Kommunen.

Unterm Strich tragen die Haushaltsplanungen des Bundes unsere Handschrift: Gesagt, Getan, Gerecht.

Datenschutz

Auf Vorrat Daten speichern – EuGH mahnt Standards an!

Mit dem Urteil zur Vorratsdatenspeicherung zeigt der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass Grundrechtsschutz im Internet-Zeitalter möglich ist. Klar wird auch, wie wichtig europäische Entscheidungen für das digitale Alltagsleben der Menschen sind. Der Grundrechtsschutz ist beim EuGH in guten Händen. Grundlage der Entscheidung ist die EU-Grundrechtecharta, die mit dem Vertrag von Lissabon verbindlich geworden ist. Reformen an den europäischen Verträgen sind keine juristische Selbstbeschäftigungstherapie, sondern bringen echte Fortschritte für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai ist damit noch wichtiger geworden. Die künftigen Abgeordneten werden darüber entscheiden, ob es eine neue Richtlinie geben wird. Das Gericht hat einen möglichen Weg aufgezeigt, wie Grundrechtschutz und der Schutz der Menschen vor schwerer Kriminalität und Terrorismus in Ausgleich zu bringen sind.

Mindestanforderungen sind die Konkretisierung des Begriffs „schwere Straftaten“ und Vorgaben zur Einhaltung des Datenschutzes, der Datensicherheit und zum Ausschluss von Missbrauchsrisiken. Wer die Bevölkerung mittels Vorratsdatenspeicherung vor gravierenden Bedrohungen schützen will, muss diese Standards einhalten.

Die EU-Kommission muss zudem ihr Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einstellen. Es wäre ein schlechter Witz, Deutschland mit Zwangsgeld belegen zu wollen, während der EuGH dem europäischen Gesetzgeber, also auch der EU-Kommission, bescheinigt, gegen Grundrechte verstoßen zu haben.

Arbeit & Soziales

Mindestlohn – Wir weisen die Kritik scharf zurück!

Die von Bildungspolitikern aus der Union geäußerte Kritik am Gesetzentwurf zur Einführung eines allgemeinen Mindestlohns hat nichts mit sachorientierter Politik zu tun. Die Kritik an der Beschlusslage des Bundeskabinetts dient offenbar dazu, arbeitgebernahe Kreise zu besänftigen.

Unsere Bundestagsfraktion steht zur Beschlusslage nach Koalitionsvertrag und hält Ausnahmen vom Mindestlohn nur in den bereits festgelegten, eng begrenzten Bereichen für vertretbar. Es ist in höchstem Maße problematisch, wie seit Tagen Vertreterinnen und Vertreter von CDU und CSU den von der Bundesregierung gemeinsam entwickelten und verabschiedeten Entwurf des Gesetzes zur Einführung eines allgemeinen Mindestlohns schlecht reden.

Die Denunziation als „Katastrophe“ ist weder von der Sachlage noch vom Ton her angemessen und wird von uns scharf zurückgewiesen. Bildungspolitisch ist der Entwurf nicht zu beanstanden, denn jede Bürgerin und jeder Bürger weiß, dass die besten Mittel gegen Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungssituationen Ausbildung und Qualifizierung sind.

Ein allgemeiner Mindestlohn wird nicht bewirken, dass zahlreiche Menschen lieber eine ungelernte Beschäftigung antreten als eine Ausbildung, nur weil in ersterer umgehend ein Mindestlohn bezahlt wird. Die Menschen in unserem Land denken deutlich weiter in die Zukunft, als CDU und CSU ihnen offensichtlich zutrauen.

Es gibt auch keinen Konflikt zwischen dem Bekenntnis zur beruflichen Bildung und dem allgemeinen Mindestlohn ab 18 Jahre. Eine berufliche Ausbildung verdient die gleiche Anerkennung wie eine akademisch geprägte Laufbahn. Wir werden, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, Maßnahmen auf den Weg bringen, um die Attraktivität der beruflichen Bildung noch weiter zu steigern. Behauptungen von Unionsseite, dass es auch in der SPD-Bundestagsfraktion Sympathien für weitere Ausnahmen vom Mindestlohn gebe, sollen nur davon ablenken, dass CDU und CSU in dieser Frage eine klare Minderheitenmeinung vertreten.

Rechtsextremismus

Rassismus – Ein Problem aus der Mitte der Gesellschaft

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat das Jahr 2014 zum Themenjahr gegen Rassismus erklärt.

Unter dem Motto „Gleiche Chancen. Immer“ fiel gestern der Startschuss. Rassismus hat viele Facetten und geht über die organisierte rechtsextreme Szene weit hinaus. Deshalb bedarf es neben einer kontinuierlichen Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten gegen Rassismus nun auch der konsequenten Umsetzung der Beschlüsse aus dem Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses.

Auch in der Gegenwart ist der Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus eine tägliche Herausforderung. Ob in der Freizeit, in Schule und Beruf oder auf Ämtern und Behörden: Zu viele Menschen machen jeden Tag in Deutschland Erfahrungen mit rassistischen Diskriminierungen oder rassistisch motivierter Gewalt.

Wir haben nicht nur ein Problem mit dem Extremismus am rechten Rand, Rassismus ist auch ein Problem der Mitte der Gesellschaft und muss genau hier bekämpft werden.

Unsere Bundestagsfraktion nimmt das Thema Rassismus sehr ernst und setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung die fraktionsübergreifenden Empfehlungen aus dem Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses zügig und umfassend umsetzt.

Die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses beziehen sich auf die Bereiche Polizei, Justiz, Verfassungsschutzbehörden, Vertrauensleute der Sicherheitsbehörden und auf die Unterstützung für Demokratieförderung.

Wir brauchen beispielsweise mehr interkulturelle Kompetenz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden. Polizeibehörden müssen die Vielfalt der Gesellschaft in Deutschland widerspiegeln und junge Menschen unterschiedlicher Herkunft für den Polizeiberuf gewinnen.

Für eine tolerante und vielfältige Gesellschaft brauchen wir die wichtige Arbeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen für Demokratie und Toleranz. Diese Strukturen wollen wir bundesweit stärken und dauerhaft finanzieren.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes leistet als unabhängige Anlaufstelle für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Rassismus.

Ende März wurde Christine Lüders auf Vorschlag der Bundesregierung erneut zur Leiterin ernannt. Frau Lüders hat seit 2010 hervorragende Arbeit geleistet, daher begrüßen wir diese Entscheidung.

Bonbon

„Bremen ist zwar das kleinste Bundesland, dafür aber ein sozialdemokratischer Riese”

(Sigmar Gabriel, SPD) bei der Festveranstaltung zum 150.Geburtstag der SPD Bremen

Termine

Moritz ist zur Welt gekommen.
Im Moment füllen er und meine Familie den Kalender.

Nach der Mutterschutzzeit freue ich mich wieder auf Termine mit Euch!!!